



Deutsches Institut
für Menschenrechte



Dokumentation in Leichter Sprache

Die UN-BRK im Saarland: Wie weiter nach der zweiten Staaten-Prüfung?

Achtet das Saarland genug auf die Rechte
von Menschen mit Behinderungen?

Worum geht es?



Vor über 15 Jahren hat Deutschland einen Vertrag unterschrieben.

Der Vertrag heißt:

UN-Behinderten-Rechts-Konvention.

Die Abkürzung dafür ist: **UN-BRK.**

In diesem Heft schreiben wir: **UN-Vertrag.**



Im UN-Vertrag stehen die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Deutschland muss sich an den UN-Vertrag halten.

Auch das Saarland muss sich an den UN-Vertrag halten.

UN ist eine Abkürzung für United Nations.

Das ist der englische Name für Vereinte Nationen.

Die Vereinten Nationen sind ein Zusammenschluss von vielen Ländern.

Die Vereinten Nationen (UN) setzen sich zum Beispiel für die Menschenrechte ein.

Eine Arbeits-Gruppe von den UN prüft:

Hält Deutschland sich an den UN-Vertrag?

In diesem Heft schreiben wir: **UN-Arbeits-Gruppe.**

Die UN-Arbeits-Gruppe hat Deutschland im Jahr 2023 geprüft.

Die UN-Arbeits-Gruppe hat über die Prüfung einen Bericht geschrieben.

Der Bericht heißt: **Abschließende Bemerkungen.**

In dem Bericht steht:

Inklusion klappt in Deutschland noch **nicht** gut.

Inklusion heißt:

Alle können überall dabei sein.

Alle können überall mitmachen.

Deutschland muss viele Dinge besser machen.

Auch das Saarland muss viele Dinge besser machen.

Was muss das Saarland besser machen?

Wie geht es besser mit der Inklusion?

Darüber müssen viele Menschen zusammen reden.

Darum haben wir eine Veranstaltung gemacht.

Wir sind:

- die **Monitoring-Stelle für den UN-Vertrag im Saarland**,
- das **Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Gesundheit des Saarlandes**,
- die **Arbeitskammer des Saarlandes** und
- der **Verein Miteinander Leben Lernen**.

Auf der Veranstaltung haben wir über mehr Inklusion geredet.

Wir haben über Inklusion

in verschiedenen Bereichen geredet.

Es gab 9 Arbeits-Gruppen.

Die Arbeits-Gruppen heißen **Forum**.

Für jeden Bereich gab es ein Forum.



Die Monitoring-Stelle passt auf,
ob das Saarland sich an den UN-Vertrag hält.
Monitoring heißt ungefähr: aufpassen.



Die Monitoring-Stelle hat jetzt
eine **Dokumentation** gemacht.
Eine Dokumentation ist eine Zusammenfassung
von Ergebnissen.

In der Dokumentation steht:

Was hat der UN-Ausschuss gesagt?

Und was haben die Menschen auf der Konferenz
dazu gesagt?

Haben Sie Fragen?

Dann fragen Sie uns.

Schreiben Sie uns eine E-Mail.

Die E-Mail-Adresse ist:

un-brk@institut-fuer-menschenrechte.de

Hinweis



Dieser Text soll leicht zu lesen sein.
Deshalb schreiben wir immer nur
ein Wort für eine Gruppe Menschen.

Ein Beispiel:

Im Text steht nur das Wort Schüler.

Wir meinen damit alle Kinder und
Jugendlichen an einer Schule,
nicht nur Jungen.

Inhalt

Worum geht es?	2
Hinweis	4
Inhalt	5
Vortrag von der Inklusions-Beauftragten	6
Die Abschließenden Bemerkungen 2023	8
Forum 1: Inklusive Bildung	12
Forum 2: Barrierefreie Mobilität	15
Forum 3: Barrierefreie Informations-Technik (IT)	18
Forum 4: Politische Partizipation	21
Forum 5: Barrierefreie Teilhabe am Sport	28
Forum 6: Inklusive Arbeit und Ausbildung	31
Forum 7: Selbstbestimmtes Wohnen	35
Forum 8: Reform des Saarländischen Behinderten- Gleichstellungs-Gesetzes	39
Forum 9: Inklusiver Katastrophenschutz	44
Über diesen Text	47

Vortrag von der Inklusions-Beauftragten

Kerstin Schikora arbeitet beim **Sozial-Ministerium**.
Das Sozial-Ministerium ist ein Teil
von der Regierung für das Saarland.

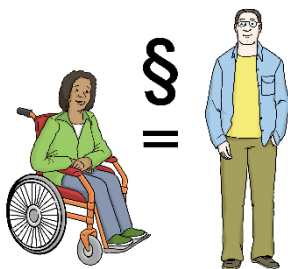
Kerstin Schikora ist Inklusions-Beauftragte.
Das heißt:
Sie kümmert sich um die Inklusion im Saarland.



Auf der Konferenz hat Kerstin Schikora
einen Vortrag gehalten.
Der Vortrag heißt:
Was hat das Saarland für die Inklusion gemacht?

In dem Vortrag hat Kerstin Schikora gesagt:
Deutschland hat einige Gesetze
für mehr Inklusion gemacht.
Ab dem Jahr 2025 muss man zum Beispiel
Internet-Seiten barrierefrei machen.

Auch das Saarland hat schon einiges
für mehr Inklusion gemacht:



- Im Saarland gibt es jetzt ein **Gleichberechtigungsgesetz**.
- Die **Monitoring-Stelle** soll aufpassen:
Macht das Saarland genug
für die Einhaltung vom UN-Vertrag?



- Das Saarland hat das **Deutsche Institut für Menschenrechte** gefragt:
Sind die Internet-Seiten vom Saarland barrierefrei?
Das Deutsche Institut für Menschenrechte prüft das.

- Das Saarland hat eine **Landes-Fachstelle Barrierefreiheit** eingerichtet.
Die Landes-Fachstelle soll helfen,
damit das Saarland barrierefrei wird.



- Das Saarland prüft jetzt:
Was kann das Saarland machen,
damit mehr Menschen mit Behinderungen arbeiten gehen können?
- Das Saarland prüft auch:
Wie kann man das Gleichberechtigungs-Gesetz besser machen?

Kerstin Schikora sagt:

Alle müssen bei der Inklusion mitmachen.

Alle Ministerien sind für Inklusion verantwortlich.

Immer wenn man etwas macht, muss man dabei auch an Menschen mit Behinderungen denken.

Die Abschließenden Bemerkungen 2023

Die UN-Arbeits-Gruppe hat geprüft:
Hält sich Deutschland an den UN-Vertrag?



In der UN-Arbeits-Gruppe sind 18 Experten.
Die meisten Experten sind
Menschen mit Behinderungen.
Über die Prüfung hat die UN-Arbeits-Gruppe
die Abschließenden Bemerkungen geschrieben.
Deutschland soll sich
an die Abschließenden Bemerkungen halten.



Die **Monitoring-Stelle für den UN-Vertrag
im Saarland** hat die Abschließenden Bemerkungen
gelesen.

Die **Monitoring-Stelle** hat die besonders wichtigen
Punkte aus den Abschließenden Bemerkungen
ausgesucht.

Das sind die besonders wichtigen Punkte:

Alles gemeinsam machen können:

Der UN-Vertrag sagt:

Menschen mit Behinderungen sollen **nicht**
von Menschen ohne Behinderungen getrennt werden.
Das ist Inklusion.

Alles soll inklusiv werden.

Zum Beispiel:



- Kinder mit Behinderungen und Kinder ohne Behinderungen sollen auf die gleichen Schulen gehen.
- Alle Menschen dürfen aussuchen, wo sie arbeiten.
- Alle Menschen dürfen aussuchen, wo sie wohnen und wie sie wohnen.

Das ist noch **nicht** so.

Die UN-Arbeits-Gruppe sagt:

Die deutsche Regierung muss mehr für Inklusion tun!

Immer auch an Menschen mit Behinderungen denken:

Die Arbeits-Gruppe sagt:

Immer wenn man etwas macht, muss man auch an Menschen mit Behinderungen denken.

Zum Beispiel, wenn man eine Straße plant.

Die Straße muss auch für Menschen mit Behinderungen gut zu benutzen sein.

Darüber muss man von Anfang an nachdenken.



Mitmachen und mitreden:

Die UN-Arbeits-Gruppe sagt:

Menschen mit Behinderungen sollen immer mitreden, wenn es um den UN-Vertrag geht.

Menschen mit Behinderungen haben das Recht dazu.

Dafür muss es feste Regeln geben.



Meistens dürfen Menschen mit Behinderungen in der Politik **nicht** viel mitreden.

Der UN-Vertrag sagt aber:

Menschen mit Behinderungen sollen immer mitreden!

Gesetze prüfen:

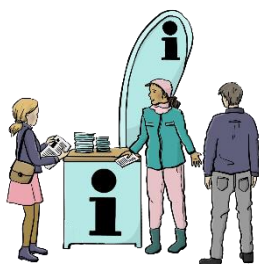


Deutschland muss prüfen, ob die Gesetze in Deutschland zum UN-Vertrag passen.

Gesetze von Deutschland müssen die Rechte von Menschen mit Behinderungen beachten.

Das gilt auch für das Saarland und die Gesetze im Saarland.

Über Behinderungen lernen:



Alle Menschen sollen etwas über Behinderungen lernen.

Alle Menschen sollen vor allem lernen:

Menschen mit Behinderungen haben die gleichen Rechte wie Menschen ohne Behinderungen.

Private Anbieter sollen mitmachen:



Auch private Anbieter sollen sich an den UN-Vertrag halten.

Private Anbieter sind zum Beispiel: Geschäfte und Arzt-Praxen.

Private Anbieter sollen zum Beispiel auf Barriere-Freiheit achten.

Mehr Informationen in Leichter Sprache gibt es hier:

[https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Leichte Sprache/DIMR Bericht ueber die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2023.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Leichte_Sprache/DIMR_Bericht_ueber_die_Rechte_von_Menschen_mit_Behinderungen_2023.pdf)

Forum 1: Inklusive Bildung



Darüber haben wir im Forum gesprochen:

Es gibt ein Recht auf inklusives Lernen.

Inklusives Lernen bedeutet:

Kinder mit Behinderungen und Kinder ohne Behinderungen gehen auf die gleichen Schulen.

Deutschland muss dieses Recht beachten.

Also muss auch das Saarland dieses Recht beachten.

Im Saarland gibt es noch viele getrennte Schulen.

- Für Kinder mit Behinderungen.
- Für Kinder ohne Behinderungen.

Das ist **nicht** gut für die Inklusion.

Denn Inklusion heißt:

Alle Kinder sollen zusammen lernen.

Die UN-Arbeits-Gruppe macht sich Sorgen:

- Viele Kinder besuchen Förder-Schulen.
Das trennt Kinder mit Behinderungen von Kindern ohne Behinderungen.
- Familien werden **nicht** gut unterstützt, wenn die Kinder auf eine Regel-Schule gehen.
- Inklusive Bildung wird **nicht** genug unterstützt.
- Viele Menschen denken schlecht über inklusive Bildung.
- Schulen sind **nicht** barrierefrei.

- Die Lehrkräfte sind **nicht** genug ausgebildet.
Lehrkräfte sind alle Personen,
die Unterricht geben.
- Busse und Bahnen sind **nicht** barrierefrei.
Kinder kommen **nicht** barrierefrei in die Schule.



Die UN-Arbeits-Gruppe sagt:

Es muss ein Inklusions-Plan beschlossen werden.
Dabei sollen auch Kinder mit Behinderungen,
ihre Familien und ihre Organisationen mitmachen.

Im Inklusions-Plan muss stehen:

- Alle Kinder sollen zusammen lernen.
- Das Saarland stellt mehr
Lehrkräfte ein.
- Es gibt Fortbildungen
für die Lehrkräfte.
- Im Unterricht arbeiten Lehrkräfte
und andere Fachleute zusammen.
- Auch geflüchtete Kinder mit Behinderungen
dürfen in die Schule gehen.

Kinder mit Behinderungen sollen in der Schule
nicht benachteiligt werden.

Deshalb muss im Schulgesetz stehen:

Kinder mit und ohne Behinderungen
lernen zusammen.

Mehr Informationen in Leichter Sprache gibt es hier:

<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/schule-fuer-alle>

Auf der Konferenz wurde gesagt:

Das Saarland hat gute Gesetze für Schulen.

In den Gesetzen steht:

Alle Kinder lernen zusammen.

Aber das ist **nicht** so.

Es gibt Förder-Schulen für Kinder mit Behinderungen.



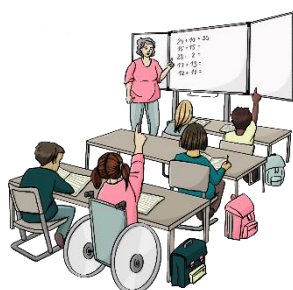
Manche Menschen denken:

Wenn alle Kinder zusammen lernen,

dann lernen Kinder ohne Behinderungen langsamer.

Auf der Konferenz wurde vorgeschlagen:

- Das Saarland kann mehr Menschen erklären, warum Inklusion gut ist.
- Das Saarland kann mehr machen, damit Bildung für alle gleich gut ist.
- Das Saarland kann Förder-Schulen schließen.
- Das Saarland kann Schulen mehr Geld für Inklusion geben.
- Alle Lehrkräfte sollen genug über Inklusion lernen.



Forum 2: Barrierefreie Mobilität

Mobilität bedeutet: sich frei bewegen können.

Oder: überall hinkommen können.

Darüber haben wir im Forum gesprochen:

Menschen mit Behinderungen sollen sich genauso frei bewegen können wie andere Menschen.

Das ist wichtig.

Das Recht auf Mobilität steht im UN-Vertrag.

Das Saarland muss den UN-Vertrag beachten.

Die UN-Arbeits-Gruppe macht sich Sorgen:



Es gibt viele Hindernisse

für Menschen mit Behinderungen.

Viele Busse und Bahnen sind **nicht** barrierefrei.

Es ist schwierig, Hilfe zu bekommen.

Auf dem Land können Menschen mit Behinderungen

Bus und Bahn besonders schlecht benutzen.

Zum Beispiel, weil Fahrpläne und andere

Informationen über Busse und Bahnen

nicht barrierefrei sind.

Die UN-Arbeits-Gruppe sagt:

Menschen mit Behinderungen sollen

Busse und Bahnen genauso benutzen können

wie andere Menschen.

Das Saarland soll alle Busse und Bahnen

schnell barrierefrei machen.

Menschen mit Behinderungen sollen gefragt werden, was für barrierefreie Mobilität gemacht werden muss.

Menschen mit Behinderungen sollen einfach und schnell Hilfen für die Mobilität bekommen. Zum Beispiel Fahrten mit dem Rollstuhl-Taxi, wenn sie das brauchen.

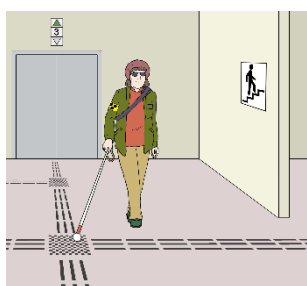
Mehr Informationen in Leichter Sprache gibt es hier:

https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Leichte_Sprache/Bericht_in_Leichter_Sprache_Unterwegs_in_Berlin_bf.pdf

Auf der Konferenz wurde gesagt:

Menschen mit Behinderungen können im Saarland **nicht** gut unterwegs sein.

Es gibt sehr viele Barrieren, zum Beispiel:



- Es fehlen taktile Leit-Systeme für Menschen mit Seheinschränkungen. Taktile Leit-Systeme kann man fühlen. Das sind zum Beispiel Rillen im Boden, die man mit dem Blinden-Stock ertastet.
- Aktuelle Informationen sind sichtbar, aber **nicht** hörbar. Aktuelle Informationen sind zum Beispiel Änderungen am Fahrplan.



- Viele Bordsteine sind zu hoch für Menschen, die einen Rollstuhl nutzen.
- Menschen mit Behinderungen können in Bussen oder Bahnen oft **nicht** mitfahren, weil es **nicht** genug Platz gibt.

Auf der Konferenz wurde vorgeschlagen:



- Das Saarland kann strengere Gesetze für Barriere-Freiheit machen.
- Das Saarland kann Menschen mit Behinderungen danach fragen, was anders sein muss.
- Menschen mit Behinderungen können sich zu Beratern für Mobilität ausbilden lassen.

Dann können sie das Saarland gut beraten.

Beim Lernen kann das Saarland helfen:

Das Saarland kann Fortbildungen anbieten.

Das Saarland kann Fortbildungen bezahlen.

Das Saarland kann Menschen mit Behinderung bei den Fortbildungen und bei der Beratung unterstützen.

Zum Beispiel mit Assistenzen.

Assistenz bedeutet helfende Menschen.

- Alle Menschen mit Berufen aus dem Bau können mehr über Barriere-Freiheit lernen. Zum Beispiel Architekten oder Tiefbauer. Architekten planen Häuser. Tiefbauer bauen Straßen.

Forum 3: Barrierefreie Informations-Technik (IT)

Mit Informations-Technik meinen wir
Computer und Internet.
Die Abkürzung dafür ist IT.



Darüber haben wir im Forum gesprochen:

Menschen mit Behinderungen sollen das Internet
genauso benutzen können wie andere Menschen.

Das ist wichtig.

Das Recht auf barrierefreie Information
steht im UN-Vertrag.

Das Saarland muss den UN-Vertrag beachten.

Die UN-Arbeits-Gruppe macht sich Sorgen:

Viele Informationen stehen im Internet.

Zum Beispiel Informationen über die Politik
oder Informationen über Rechte und Gesetze.

Aber: Das Internet ist **nicht** barrierefrei.

Deswegen haben Menschen mit Behinderungen
oft **keine** Informationen.

Es gibt Technik, die das Internet barrierefrei macht.

Das Saarland soll diese Technik benutzen.

Dann haben auch Menschen mit Behinderungen
alle Informationen.

Die UN-Arbeits-Gruppe sagt:

Das Saarland soll seine Internet-Seiten
barrierefrei machen.

Auch private Anbieter sollen ihre Internet-Seiten
barrierefrei machen.

Mehr Informationen in Leichter Sprache gibt es hier:

https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Leichte_Sprache/DIMR_Bericht_ueber_die_Rechte_von_Menschen_mit_Behinderungen_2023.pdf

Auf der Konferenz wurde gesagt:



Viele Menschen wissen **nicht**,
wie man barrierefreie IT macht.

Behörden wissen das häufig **nicht**.

Unternehmen wissen das häufig **nicht**.

Computer-Fachleute lernen oft
zu wenig über barrierefreie IT.

Darum glauben sie:

barrierefreie IT ist schwierig zu machen.

Aber barrierefreie IT ist **nicht** schwierig.

Wenn man alles von Anfang an barrierefrei macht,
ist barrierefreie IT ganz leicht.

Wenn IT barrierefrei gemacht ist,

ist IT für alle Menschen leichter zu benutzen.

Dann können alle besser arbeiten.

Dann können mehr Menschen mitarbeiten.
Deshalb ist barrierefreie IT für Unternehmen gut.
Deshalb ist barrierefreie IT für Behörden gut.

Auf der Konferenz wurde vorgeschlagen:



- An den Schulen im Saarland kann man unterrichten, wie man barrierefreie IT macht.
- Das Saarland kann Computer-Fachleute zu barrierefreier IT ausbilden.
- Das Saarland kann die Gesetze für barrierefreie IT strenger machen.
- Das Saarland kann Schulungen über barrierefreie IT für alle neuen Mitarbeiter machen.
- Unternehmen können alle neuen Mitarbeiter zu barrierefreier IT ausbilden.

Forum 4: Politische Partizipation

Politische Partizipation bedeutet:

Mitreden und mitmachen in der Politik.

Darüber haben wir im Forum gesprochen:

Menschen mit Behinderungen sollen in der Politik gut mitreden und mitentscheiden können.

Das ist wichtig.

Das Recht auf mitreden und mitentscheiden steht im UN-Vertrag.

Das Saarland muss den UN-Vertrag beachten.

Die UN-Arbeits-Gruppe macht sich Sorgen:

Menschen mit Behinderungen dürfen **nicht** genug mitreden.

Es gibt **keine** klaren Regeln:

- Wann Menschen mit Behinderungen mitreden und mitentscheiden dürfen.
- Wie Menschen mit Behinderungen mitreden und mitentscheiden dürfen.

Menschen mit Behinderungen bekommen **nicht** genug Unterstützung, damit sie gut mitreden können.



Die UN-Arbeits-Gruppe sagt:

Selbst-Vertretungs-Organisationen stärken

In Selbst-Vertretungs-Organisationen setzen sich Menschen für ihre eigenen Rechte ein.

Eine Selbst-Vertretungs-Organisation ist zum Beispiel ein Blinden-Verband.

Selbst-Vertretungs-Organisationen von Menschen mit Behinderungen sollen stärker werden.

Sie sollen überall mitreden und mitbestimmen.

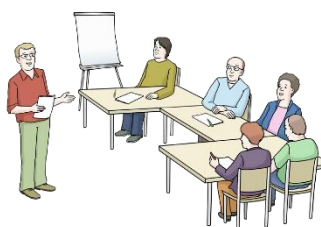
Vor wichtigen politischen Entscheidungen sollen die Selbst-Vertretungs-Organisationen die Meinung von Menschen mit Behinderungen vertreten.

Es gilt der Leitsatz:

Nichts über uns ohne uns.

Selbst-Vertretungs-Organisationen brauchen:

- Ausreichend Geld und Personal.
- Büros, in denen sie gut arbeiten können.
- Schulungen, damit sie sich mutig und stark für ihre Rechte einsetzen können.



Arbeit bezahlen

Menschen mit Behinderungen sollen Geld für ihre Arbeit bei der Beteiligung bekommen.

Im Saarland ist das noch **nicht** so.

Es soll dafür eine Regelung geben.

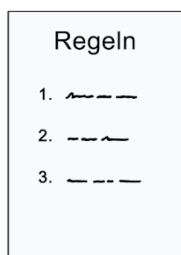


Bessere Regeln für Mitbestimmung

Echte Mitbestimmung bedeutet:

Das Wissen von Menschen mit Behinderungen wird bei politischen Entscheidungen beachtet.

Menschen mit Behinderungen können bei politischen Entscheidungen von Anfang an mitbestimmen.



Aber:

Menschen mit Behinderungen werden oft **nicht** gefragt.

Es soll Regelungen für Mitbestimmung geben.



Mitbestimmung für alle

Mitbestimmung muss auch möglich sein für:

- Menschen mit seelischen Erkrankungen.
- Menschen mit Lern-Schwierigkeiten.
- Kinder und Jugendliche mit Behinderungen.
- Geflüchtete Menschen mit Behinderungen.

So sind alle unterschiedlichen Menschen vertreten.

Interessen-Vertreter anhören

Menschen mit Behinderungen sollen für die Mitbestimmung ausreichend Zeit bekommen. Zum Beispiel zum Lesen von neuen Rechts-Texten. Dann können sie sich gut vorbereiten. Dann können sie gut mitbestimmen.



Für die Mitbestimmung müssen alle Texte und die Gespräche barrierefrei sein.

Zum Beispiel

- Gespräche sollen in Gebärdensprache übersetzt werden
- Texte sollen in Leichte Sprache übersetzt werden

Dann können alle Menschen gut mitbestimmen.

Mehr Informationen in Leichter Sprache gibt es hier:

<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/mit-reden-in-berlin>

<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/bezirksbeiraete-in-berlin>

Auf der Konferenz wurde gesagt:

Menschen mit Behinderungen finden:

Vieles klappt bei der Mitbestimmung **nicht** gut:

- Meistens werden Menschen mit Behinderungen gar **nicht** gefragt.
- Manchmal werden Menschen mit Behinderungen gefragt.

Aber dabei geht es immer um die gleichen Sachen.



Zum Beispiel um Pflege.

Oder um Versorgung mit Hilfs-Mitteln.

- Auch wenn Menschen mit Behinderungen gefragt werden, wird **nicht** zugehört.
- Menschen mit Behinderungen werden **nicht** bezahlt für ihr Fachwissen.

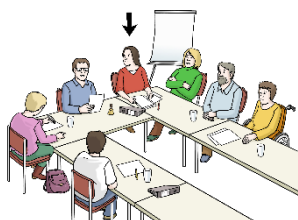
Das ist **nicht** gerecht.

Viele andere Experten bekommen Geld, wenn sie ihr Fachwissen weitergeben.

Für gute Mitbestimmung müssen Menschen mit Behinderungen unterwegs sein können.

Aber das ist schwierig.

Dazu steht mehr auf den Seiten 15 bis 17.



Für gute Mitbestimmung brauchen manche Menschen mit Behinderungen eine Assistenz.

Aber sie bekommen nur wenig Geld für eine Assistenz.

Für gute Mitbestimmung müssen

Mitbestimmungs-Verfahren barrierefrei sein.

Mitbestimmungs-Verfahren können sein:

- Eine Konferenz
- Eine Arbeits-Gruppe
- Ein Fragebogen im Internet

Aber viele Mitbestimmungs-Verfahren sind **nicht** barrierefrei.



Für gute Mitbestimmung müssen Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen gefragt werden.

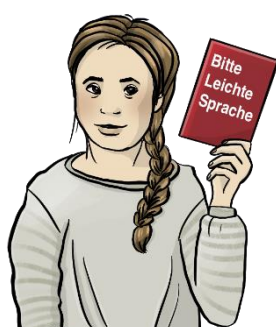
Aber an viele Menschen mit Behinderungen wird **nicht** gedacht.

Menschen mit Lernschwierigkeiten werden oft **nicht** gefragt.

Kinder mit Behinderungen werden oft **nicht** gefragt.

Auf der Konferenz wurde vorgeschlagen:

- Kinder mit Behinderungen können in der Schule lernen, wie Mitbestimmung geht.
- Es kann eine Schüler-Vertretung für Kinder mit Behinderungen geben.
- In Heimbeiräten und in Werkstatträten können Menschen mit Behinderungen lernen, wie Mitbestimmung geht.
- Das Saarland kann Menschen mit Behinderungen genug Geld für eine Assistenz geben.
- Das Saarland kann Mitbestimmungs-Verfahren so machen, dass alle mitmachen können.



Das heißt:

- Briefe sind barrierefrei.
- Veranstaltungen sind barrierefrei.
- Fach-Wissen und Zeit werden bezahlt.
- Alle haben genug Zeit, um gut mitzumachen.

Zum Beispiel, um Texte zu lesen.

Oder um viel über ein Thema zu lernen.



- Das Saarland soll immer Menschen mit vielen unterschiedlichen Behinderungen fragen.

Das Saarland kann

Menschen mit Behinderungen helfen:

- Damit sie Fachwissen lernen können.
- Damit sie genug Geld für Assistenz haben.

Forum 5: Barrierefreie Teilhabe am Sport

Darüber haben wir im Forum gesprochen:



Menschen mit Behinderungen sollen Sport machen können.

Und sie sollen beim Sport zuschauen können.

Das nennt man: Teilhabe am Sport.

Das Recht auf Teilhabe am Sport steht im UN-Vertrag.

Das Saarland muss den UN-Vertrag beachten.

Die UN-Arbeits-Gruppe macht sich Sorgen:



Es gibt nur wenige Sport-Angebote für Menschen mit Behinderungen.

Es gibt nur wenige gemeinsame Sport-Angebote für Menschen mit und ohne Behinderungen.

Die meisten Orte sind **nicht** barrierefrei.

Zum Beispiel können Menschen mit Rollstuhl nur bei wenigen Sport-Veranstaltungen zuschauen.

Die UN-Arbeits-Gruppe sagt:

Menschen mit Behinderungen sollen genauso Sport machen und beim Sport zuschauen können wie andere Menschen.

Das Saarland soll seine Veranstaltungs-Orte barrierefrei machen.

Manche Menschen brauchen eine Assistenz,
um Sport zu machen.

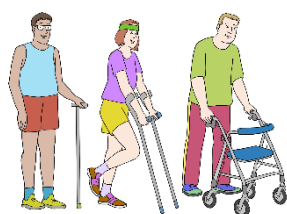
Das Saarland soll für Assistenz beim Sport sorgen.

**Mehr Informationen in Leichter Sprache gibt es
hier:**

https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Position12_Inklusion_durch_Sport_Leichte-Sprache.pdf

Auf der Konferenz wurde gesagt:

Menschen mit Behinderungen und Menschen ohne
Behinderungen machen meist **nicht** zusammen Sport.
Deshalb gibt es so wenig inklusiven Sport:



- Viele glauben: Man kann entweder Sport mit Menschen mit Behinderungen machen oder Leistungs-Sport machen. Man kann **nicht** beides zusammen machen. Leistungs-Sport heißt: Man ist besonders gut in diesem Sport. Man geht zum Beispiel auf Wettkämpfe.



- Eltern wissen häufig **nicht**, wo ihre Kinder mit Behinderungen Sport machen dürfen.
- Eltern von Kindern mit Behinderungen haben **keine** Zeit. Sie haben oft mehr Aufgaben als Eltern von Kindern ohne Behinderungen.

Und sie bekommen zu wenig Hilfe bei den Aufgaben.



- Lehrkräfte für Sport wissen **nicht**, wie inklusiver Sport geht.
Lehrkräfte für Sport sind Sport-Lehrer und Trainer.

Inklusiver Sport ist Sport für alle.

Inklusiver Sport wird aber **nicht** unterrichtet.

- Erwachsene mit Behinderungen dürfen noch weniger mit Sport machen als Kinder mit Behinderungen.

Auf der Konferenz wurde vorgeschlagen:



Das Saarland kann Sport-Veranstaltungen für alle Menschen mit und ohne Behinderungen machen.

Dann lernen alle: Sport klappt gut zusammen.

- Das Saarland kann mehr Sport-Arten für Menschen mit Behinderungen anbieten.
Dann können Menschen mit Behinderungen besser auswählen.
- Das Saarland kann sagen:
Leistungs-Sport ist wichtig.
Und inklusiver Sport ist genauso wichtig.
- Im Saarland sollen Lehrkräfte für Sport mehr über inklusiven Sport lernen.

Forum 6: Inklusive Arbeit und Ausbildung

Darüber haben wir im Forum gesprochen:

Im UN-Vertrag steht:

Alle Menschen haben das Recht auf Arbeit.

Menschen mit Behinderungen sollen auf dem **allgemeinen Arbeitsmarkt** arbeiten können.

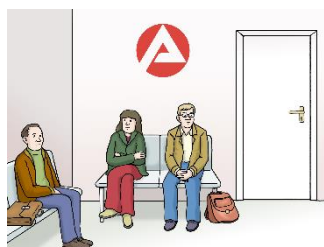
Mit allgemeiner Arbeitsmarkt meint man Arbeitsplätze, die **nicht** in einer Werkstatt

für Menschen mit Behinderungen sind.

In diesem Text schreiben wir: Werkstatt.

Das Saarland muss das Recht auf Arbeit beachten.

Dafür muss das Saarland vieles ändern.



Die UN-Arbeits-Gruppe macht sich Sorgen:

- Viele Menschen mit Behinderungen sind arbeitslos.
- Viele Menschen mit Behinderungen arbeiten in besonderen Werkstätten.
- Es wechseln nur wenige Menschen von der Werkstatt in den allgemeinen Arbeitsmarkt.
- Es gibt zu wenig barrierefreie und inklusive Berufs-Ausbildungen.

Die UN-Arbeits-Gruppe sagt:

Aktions-Plan

Menschen mit Behinderungen sollen von den Werkstätten auf den allgemeinen Arbeitsmarkt wechseln. Dafür soll ein Plan gemacht werden. Bei dem Plan sollen Menschen mit Behinderungen mitmachen.



Mehr Barriere-Freiheit bei Arbeitsplätzen

Die Barriere-Freiheit bei Arbeitsplätzen muss besser werden.

Alle Menschen mit Behinderungen sollen in jedem Betrieb im Saarland arbeiten können. Auch wenn es **keine** Werkstatt ist.

Inklusive Berufs-Ausbildung für alle jungen Menschen mit Behinderungen

Die UN-Arbeits-Gruppe sagt:

Die Berufs-Ausbildung muss anders werden.

Jetzt gibt es meist getrennte Ausbildungen:

- Ausbildungen für Menschen mit Behinderungen.
- Ausbildungen für Menschen ohne Behinderungen.



Im UN-Vertrag steht:

Es soll gemeinsame Ausbildungen geben.

Jugendliche mit Behinderungen
sollen ihren Beruf selbst auswählen können.
Das ist ihr Recht.

**Mehr Informationen in Leichter Sprache gibt es
hier:**

[https://www.institut-fuer-
menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikatione
n/Leichte_Sprache/DIMR_Bessere_Arbeits-
Situation_fuer_Menschen_mit_Behinderungen.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Leichte_Sprache/DIMR_Bessere_Arbeits-Situation_fuer_Menschen_mit_Behinderungen.pdf)

[https://www.institut-fuer-
menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikatione
n/Leichte_Sprache/Information_in_Leichter-Sprache-
Recht_auf_Arbeit_und_Beschaeftigung.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Leichte_Sprache/Information_in_Leichter-Sprache-Recht_auf_Arbeit_und_Beschaeftigung.pdf)

[https://www.institut-fuer-
menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikatione
n/Position_15_Inklusiver_Arbeitsmarkt_Leichte_Sprac
he.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Position_15_Inklusiver_Arbeitsmarkt_Leichte_Sprache.pdf)

Auf der Konferenz wurde gesagt:

Für Menschen mit Behinderungen ist es
sehr schwierig, Arbeit zu finden.

Das liegt daran:

- Wer auf einer Förder-Schule war,
wird oft **nicht** eingestellt.
- Unternehmen bieten Menschen
mit Behinderungen **kein** Praktikum an.



- Ein Gesetz sagt:
Alle Unternehmen müssen Menschen mit Behinderungen einstellen.
Sonst muss das Unternehmen Geld bezahlen.
Aber das Unternehmen muss nur wenig Geld bezahlen.

Auf der Konferenz wurde vorgeschlagen:



- Das Saarland kann den Schwerbehinderten-Vertretungen in Unternehmen mehr Rechte geben. Die Schwerbehinderten-Vertretung arbeitet für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in den Unternehmen.
- Das Saarland kann Inklusions-Betriebe besser fördern. In Inklusions-Betrieben arbeiten Menschen mit und ohne Behinderungen gemeinsam. Inklusions-betriebe bekommen manchmal Geld von der Regierung.
- Das Saarland kann sich darum kümmern, dass Menschen mit Behinderungen leichter Hilfsmittel bekommen.
- Das Saarland kann mehr Ausbildungen über Barriere-Freiheit anbieten.
- Das Saarland kann selbst mehr Menschen mit Behinderungen in Berufen ausbilden.

Forum 7: Selbstbestimmtes Wohnen

Darüber haben wir im Forum gesprochen:

Menschen mit Behinderungen
sollen aussuchen können:

- Wo will ich wohnen?
- Mit wem will ich wohnen?

Das nennt man selbstbestimmtes Wohnen.

Das selbstbestimmte Wohnen steht im UN-Vertrag.

Das Saarland muss den UN-Vertrag beachten.

Die UN-Arbeits-Gruppe macht sich Sorgen:

Viele Menschen mit Behinderungen
wohnen in Heimen.

Es gibt nur wenige gemeinsame Wohnungen
für Menschen mit und ohne Behinderungen.

Viele Menschen mit Behinderungen wohnen
abseits von anderen Menschen.

Die Politik macht sehr wenig dagegen.

Menschen mit Behinderungen oft **nicht** aussuchen:

Wie will ich wohnen?

Zum Beispiel, weil es nur sehr wenige
barrierefreie Wohnungen gibt.

Menschen mit Behinderungen werden **nicht** gefragt:

Was ist wichtig für Barrierefreiheit?



Die UN-Arbeits-Gruppe sagt:

Das Saarland soll einen Plan machen.

In dem Plan soll stehen:

- Menschen mit Behinderungen sollen **nicht** abseits wohnen.
- Menschen mit Behinderungen sollen **nicht** in Heimen wohnen.
- Ab wann Menschen mit Behinderungen im Saarland **nicht** mehr in Heimen wohnen.
- Was getan werden muss, damit Menschen mit Behinderungen **nicht** mehr abseits wohnen.

Das Saarland soll bestimmen:

Es darf nur barrierefrei gebaut werden.

Alte Häuser sollen nach und nach barrierefrei gemacht werden.

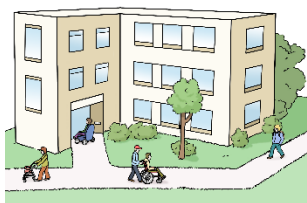
Mehr Informationen in Leichter Sprache

gibt es hier:

https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Leichte_Sprache/Information_in_Leichter_Sprache_Bessere_Wohn_Moeglichkeiten.pdf

https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Information_Lebensfuehrung_leichte_Sprache_barrierefrei.pdf

Auf der Konferenz wurde gesagt:



Viele Menschen mit Behinderungen im Saarland wohnen abseits.

Menschen mit Behinderungen dürfen häufig **nicht** entscheiden:

Wo, wie und mit wem lebe ich?



Im Saarland gibt es 2 inklusive Wohn-Gemeinschaften.

In inklusiven Wohn-Gemeinschaften wohnen Menschen mit und ohne Behinderungen zusammen.

Aber die Menschen in den inklusiven

Wohn-Gemeinschaften dürfen **nicht** entscheiden:

Welchen Pflegedienst habe ich?

Wer darf in die Wohn-Gemeinschaft einziehen?



Es gibt nur wenige barrierefreie Wohnungen im Saarland.

Aber dort wohnen häufig Menschen, die **keine** Barriere-Freiheit brauchen.

Fachleute für Bauen wissen oft **nicht**:

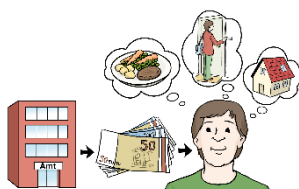
Wie geht barrierefreies Bauen?

Auf der Konferenz wurde vorgeschlagen:



- Das Saarland kann mehr günstige und barrierefreie Wohnungen bauen.
- Das Saarland kann ins Gesetz schreiben: Es wird fast immer barrierefrei gebaut.

- Mehr Fachleute für Bauen können lernen:
So geht barrierefreies Bauen.
- Das Saarland kann
Menschen mit Behinderungen fragen:
Was ist wichtig beim barrierefreien Bauen?



- Das Saarland kann das Persönliche Budget
für viele Menschen möglich machen.
Das Persönliche Budget ist Geld.
Jeder darf selbst bestimmen,
wofür er das Geld ausgeben möchte.
Mit dem Persönlichen Budget kann man
zum Beispiel die Wohnung bezahlen,
die man selbst ausgesucht hat.



- Menschen mit Behinderungen können
selbst entscheiden:
Wo und mit wem will ich leben?

Forum 8: Reform des Saarländischen Behinderten-Gleichstellungs-Gesetzes



Menschen mit Behinderungen sollen **nicht** schlechter behandelt werden als andere Menschen.

Das steht in einem Gesetz.

Das Gesetz heißt **Saarländisches Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz**. Oder kurz: **SBGG**.

Darüber haben wir im Forum gesprochen:

Menschen mit Behinderungen werden häufig schlechter behandelt als andere Menschen.

Zum Beispiel werden Wege **nicht** so gebaut, dass auch blinde Menschen sie nutzen können.

Deshalb soll das Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz besser werden.

Die UN-Arbeits-Gruppe macht sich Sorgen:

Alles, was die Politik macht, soll für alle Menschen gut sein.

Aber:

Menschen mit Behinderungen werden oft vergessen.

Viele Politiker denken:

Nur das **Sozial-Ministerium** muss an Menschen mit Behinderungen denken.

Weil das Sozial-Ministerium für viele Hilfen für Menschen mit Behinderungen zuständig ist.

Auch wenn private Anbieter etwas planen,
werden Menschen mit Behinderungen vergessen.
Zum Beispiel: Cafés sind oft **nicht** barrierefrei.
Menschen mit Behinderungen können
wenig dagegen tun.

Menschen mit Behinderungen wissen,
was anders sein muss.

Aber:

Die Politik fragt Menschen mit Behinderungen selten.

Die UN-Arbeits-Gruppe sagt:

Alle Ministerien müssen
an Menschen mit Behinderungen denken.

Menschen mit Behinderungen sollen
bei politischen Entscheidungen
von Anfang an mitbestimmen.

Dafür soll es bessere Regeln geben.

Die Regeln sollen
im Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz stehen.

Alle Gesetze müssen den UN-Vertrag beachten.

Das Saarland soll das überprüfen.

Auch das soll
im Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz stehen.

Menschen mit Behinderungen sollen sich gut wehren
können, wenn sie schlecht behandelt werden.
Das soll im Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz
stehen.



Regeln	
1.	-----
2.	-----
3.	-----

Frauen mit Behinderungen sollen besser geschützt werden.

Frauen mit Behinderungen sollen mehr mitbestimmen. Dabei soll das Saarland helfen.

Das soll im Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz stehen.

Mehr Informationen in Leichter Sprache gibt es hier:

<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/gute-gesetze-machen>

Auf der Konferenz wurde gesagt:

Menschen mit Behinderungen werden oft **nicht** zur Politik im Saarland gefragt.

Es gibt zu wenig Regeln darüber, wann Menschen mit Behinderungen zur Politik gefragt werden müssen.

Es gibt zu wenig Regeln darüber, wie man Menschen mit Behinderungen zur Politik fragen muss.

Zu wenige Menschen wissen:

So stellt man die Fragen barrierefrei.

Organisationen von Menschen mit Behinderungen können **nicht** gut in der Politik mitmachen.

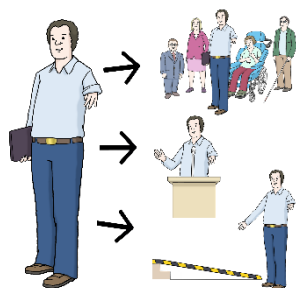


Denn die Organisationen haben oft **nicht** genug Geld.
Die Organisationen brauchen Geld für Personal
und um mehr über Politik zu lernen.



Im Landes-Beirat können Menschen
mit Behinderungen in der Politik mitreden.
Der Landes-Beirat berät Politiker zu Inklusion.
Aber: Es sind zu wenig Organisationen
von Menschen mit Behinderungen im Landes-Beirat.
Es sind mehr andere Organisationen
im Landes-Beirat.

Das ist gegen das Gesetz.



Es gibt Beauftragte für Menschen mit Behinderungen.
Die Beauftragten sollen sagen:
Das ist wichtig für Menschen mit Behinderungen.
Aber die Beauftragten sind häufig
Menschen **ohne** Behinderungen.
Das ist **nicht** gut.

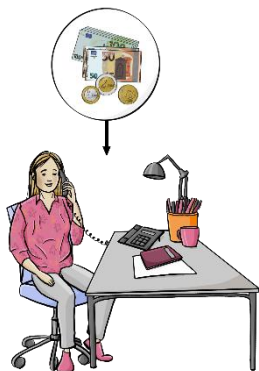


Es gibt auch kommunale Beiräte
und kommunale Beauftragte.
Kommunal heißt: von einer Stadt oder einem Dorf.
Im Gleich-Behandlungs-Gesetz stehen
keine Regeln zu kommunalen Beiräten
und **keine** Regeln zu kommunalen Beauftragten.

Auf der Konferenz wurde vorgeschlagen:

- Das Saarland kann Organisationen von Menschen mit Behinderungen fragen:

Wie können Menschen mit Behinderungen gut mitreden?



- Das Saarland kann Organisationen von Menschen mit Behinderungen Geld geben: Für Personal und für Fortbildungen zu Politik.
- Das Saarland kann durchsetzen: Es sind mehr Organisationen von Menschen mit Behinderungen im Landesbeirat als andere Organisationen.
- Im Gleich-Behandlungs-Gesetz kann stehen: So müssen kommunale Beiräte sein. So arbeiten kommunale Beauftragte.
- Alle Ministerien können sagen: Wir sind verantwortlich für Barriere-Freiheit.
- Alle Ministerien können immer prüfen: Betrifft unsere Arbeit auch Menschen mit Behinderungen?

Forum 9: Inklusiver Katastrophenschutz



Darüber haben wir im Forum gesprochen:

Der UN-Vertrag sagt:

Menschen mit Behinderungen müssen bei Katastrophen und Notfällen gut geschützt sein.

Katastrophen und Notfälle sind zum Beispiel:

- Überschwemmungen
- Brände
- Erdbeben

Menschen mit Behinderungen sollen bei Katastrophen und Notfällen gut gerettet werden.

Die UN-Arbeits-Gruppe macht sich Sorgen:

Der Klimawandel bedroht alle Menschen.

Hochwasser bedrohen alle Menschen.

Alle Menschen brauchen Schutz und Rettung in Not.

Menschen mit Behinderungen werden aber oft vergessen.

Die UN-Arbeits-Gruppe sagt:

Das Saarland soll einen Plan machen.

Im Plan soll stehen:

So können Menschen mit Behinderungen gut geschützt werden.

Und: So können Menschen mit Behinderungen gut gerettet werden.

Menschen mit Behinderungen sollen über den Plan mitbestimmen.

Mehr Informationen in Leichter Sprache gibt es hier:

https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Leichte_Sprache/DIMR_Bericht_ueber_die_Rechte_von_Menschen_mit_Behinderungen_2023.pdf

https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Leichte_Sprache/Position_in_Leichter_Sprache_Die_Corona_Pandemie.pdf

Auf der Konferenz wurde gesagt:



Bei Katastrophen und in Notlagen ist die Gefahr für Menschen mit Behinderungen besonders groß. Aber Informationen sind häufig **nicht** barrierefrei. Zum Beispiel sind sie **nicht** in Leichter Sprache. Darum können Menschen mit Behinderungen sich **nicht** auf Notlagen vorbereiten.

Menschen mit Behinderungen wohnen oft in Wohnungen, wo sie **nicht** alles selbst machen können. Darum können sie sich **nicht** selbst retten.

Bei einer Rettung werden Hilfsmittel **nicht** gerettet. Zum Beispiel werden Rollstühle **nicht** mitgenommen. Aber: Manche Menschen mit Behinderungen brauchen ihren Rollstuhl.

Sie können sonst nach der Rettung
nicht mehr überall hinkommen.

Nach einer Katastrophe wird oft
Essen und Trinken verteilt.

Aber der Ort dafür ist oft **nicht** barrierefrei.

Es gibt viele Hilfs-Organisationen.

Das sind Organisationen für Hilfe in Katastrophen.

Aber Menschen mit Behinderungen dürfen oft **nicht**
bei den Hilfs-Organisationen mitmachen.

Hilfs-Organisationen wissen oft wenig
über Behinderungen.

Auf der Konferenz wurde vorgeschlagen:

- Das Saarland kann bestimmen:
Auch Menschen mit Behinderungen dürfen
in Hilfs-Organisationen mitmachen.
- Das Saarland kann sagen:
Hilfs-Organisationen und Rettungs-Kräfte
sollen mehr über Behinderungen lernen.
- Das Saarland kann Menschen
mit Behinderungen fragen:
Was ist wichtig bei der Rettung
von Menschen mit Behinderungen?
- Das Saarland kann sagen:
Informationen müssen barrierefrei sein.
- Kinder sollen in Schulen Hilfe und Rettung in
Notlagen üben können.



Über diesen Text

Wer hat diesen Text gemacht?

Der Text ist vom

Deutschen Institut für Menschen-Rechte

Das ist die Adresse vom Institut:

Zimmerstraße 26/27

10969 Berlin

Telefon: 030 25 93 59 0

E-Mail: info@institut-fuer-menschenrechte.de

www.institut-fuer-menschenrechte.de/leichte-sprache

Dr. Sören Zimmermann hat
den Text in schwerer Sprache geschrieben.
Er arbeitet beim Deutschen Institut
für Menschen-Rechte.

Die Agentur klar und deutlich hat den Text
in Leichte Sprache übersetzt.
Menschen mit Lern-Schwierigkeiten bei der Agentur
klar und deutlich haben den Text geprüft.

Wer hat die Bilder gemacht?

Die meisten Bilder sind von © Lebenshilfe für
Menschen mit geistiger Behinderung Bremen e.V.
Illustrator: Stefan Albers

Die Bilder auf den Seiten 2, 3, 13, 18, 39 und 44
sowie das jeweils erste Bild auf den Seiten 35 und 40,

das zweite auf den Seiten 8 und 9 und das dritte Bild auf Seite 10 sind von: © Inga Kramer

Das ist ihre Internet-Seite: www.ingakramer.de

Mehr Infos

Der Text ist vom Februar 2025.

Den gesamten Text gibt es auch in schwerer Sprache.

Er heißt:

Ergebnisdokumentation

Die Umsetzung der UN-BRK im Saarland:

Wie weiter nach der zweiten Staatenprüfung?

Infos zu Rechten am Text stehen hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Diese Rechte nennt man auch: Lizenz

